



POLITIK / KOMMENTAR

Den Haag - Justitiabilität staatlicher Verbrechen ...

(SB) - Wie alle Gerichtsbarkeit ist auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag keine wirklich unabhängige Institution der Rechtsprechung, die ausschließlich geltenden Gesetzen verpflichtet wäre. Ohne die Staatsgewalt oder in diesem Fall eine überstaatliche Einrichtung nationalstaatlicher Interessen fehlte ihm jegliche Macht, seine Urteile durchzusetzen. Wer überhaupt vor dem sogenannten Weltgerichtshof angeklagt wird, hängt demzufolge in hohem Maße vom Einfluß der führenden Staaten ab, die ihn für ihre Zwecke geschaffen haben ... (S. 3)

UMWELT / MEINUNGEN

Agrar - Verbreitungsfaktor Vertrieb ...

(SB) - In China, Vietnam und anderen asiatischen Ländern breitet sich die Afrikanische Schweinepest immer weiter aus. Bisher sind die Versuche, das Überträgervirus einzudämmen, gescheitert. Nach Angaben der chinesischen Regierung wurden seit August 2018 aus Sicherheitsgründen eine Million Schweine gekeult. Diese Zahl gilt als weit untertrieben, meldet AFP. Schätzungen besagten, daß bereits ... (S. 6)

Libanon - Kriegsbündnisse ...

(SB) 5. Juni 2019 - Angeblich stehen Israel und der Libanon kurz davor, in direkte Verhandlungen über eine Beilegung des Kriegszustands und eine Verwandlung ihrer brüchigen Feuerpause in einen dauerhaften Frieden einzutreten. Gegenstand der Verhandlungen, die demnächst unter der formellen Aufsicht der Vereinten Nationen stattfinden sollen, ist der Verlauf sowohl der Land- als auch der gemeinsamen Seegrenze. Acht Jahre mühseliger Diplomatie der USA haben die Annäherung zwischen Beirut und Tel Aviv ermöglicht. Hier agiert Washington nicht zuletzt im Interesse der eigenen Energiekonzerne, denn gelingt es, die Streitigkeiten im östlichen Mittelmeer über die jeweilige staatliche Wirtschaftzone zu beenden, könnte im großen Stil mit der Ausbeutung der gigantischen Öl- und Gasreserven begonnen werden.

Gleichzeitig werden die Verhandlungen jedoch durch den plumpen Versuch der USA, im Rahmen besagter Gespräche auch eine Entwaffnung der schiitischen Hisb-Allah-Miliz herbeizuführen, welche Washington und Tel Aviv seit Jahren als "Terrororganisation" brandmarken, gefährdet. Vor der Fortsetzung solcher Machenschaften hat Hisb-Allah-Chef

Hassan Nasrallah die Regierung von US-Präsident Donald Trump bei einer Fernsehrede am 31. Mai gewarnt. Während er einerseits die Unterstützung der Hisb Allah für direkte Friedensverhandlungen zwischen Israel und dem Libanon beteuerte, verwahrte sich Nasrallah andererseits gegen die aus seiner Sicht unzulässige Einmischung der USA in die libanesischen Innenpolitik und wies dabei Behauptungen aus Israel, die Hisb-Allah-Miliz verfüge bereits über eigene Raketenfabriken, entschieden zurück: "Die Amerikaner haben hier nichts mitzureden. Wir haben das Recht auf Waffen, um unser Land zu verteidigen, und auch das Recht, diese Waffen selbst herzustellen", so Nasrallah.

Seit Jahren läßt Israel immer wieder Ziele in Syrien von seinen Kampffjets unter dem Vorwand, Lieferungen ballistischer Raketen aus dem Iran an die Hisb Allah zu verhindern, angreifen und beruft sich dabei jedesmal auf das Recht auf Selbstverteidigung. Im Sommer 2006 haben sich Israel und die Hisb Allah einen kurzen - er dauerte lediglich einen Monat - aber heftigen Krieg geliefert. Bei den Gefechten an der Grenze kamen 121 israelische Militärangehörige und mehrere hundert Hisb-Allah-Kämpfern ums Leben. In-

folge des massiven Bomben- und Raketeneinsatzes starben 44 israelische und 1191 libanesische Zivilisten. Die Diskrepanz bei den Opferzahlen resultierte aus der größeren militärischen Schlagkraft der israelischen Streitkräfte, die damals im Rahmen der sogenannten "Daniyeh-Doktrin" wenig bis gar keine Rücksicht auf die libanesische Zivilbevölkerung nahmen.

In einem Artikel, der am 31. Mai online erschienen ist, enthüllte The Intercept hochinteressante, bisher unbekannt Einzelheiten aus dem Archiv Edward Snowdens über die umfangreiche Zusammenarbeit zwischen den israelischen und amerikanischen Geheimdiensten während des Libanonkriegs vor dreizehn Jahren. Aus den Dokumenten geht die Verzweiflung der israelischen Seite deutlich hervor, daß man ungeachtet der eigenen Brutalität und der Zerstörung weiter Teile der libanesischen Infrastruktur, vor allem im Raum Beirut, nicht in der Lage gewesen ist, die Hisb Allah zur Kapitulation zu zwingen und deren Abfeuern von Raketen über die gemeinsame Grenze hinweg zu unterbinden. Noch während des Krieges sahen die Israelis den Nimbus der eigenen Unbesiegbarkeit verschwinden, was ihnen sehr zu schaffen machte.

Darum wandte sich, je länger der Krieg andauerte, die Israeli SIGINT National Unit (ISNU) um so drängender an den amerikanischen Schwesterdienst National Security Agency (NSA) mit der dringenden Bitte um Erkenntnisse, mittels derer man der Hisb Allah vielleicht doch noch den entscheidenden Schlag versetzen

könnte. Dies geht aus einer NSA-Studie des Konflikts aus demselben Jahr hervor, aus der im Artikel des Intercept ausgiebig zitiert wird. Demnach habe der Konflikt mit der Hisb Allah die ISNU derart an "die Grenze ihre technischen Fähigkeiten und ihre Ressourcen gebracht", daß man rasch keine andere Möglichkeit sah, als sich an den großen Bruder in Fort Meade, Maryland, zu wenden. Dazu heißt es in der Studie vom Oktober 2006: "Die Abhängigkeit der ISNU von der NSA war erheblich und bezog sich auf Bitten um zeitnahe Informationen der Aufgabenerteilung und Bedrohungserkennung, darunter taktische Zielvorgaben sowie geographische Angaben zu Hisb-Allah-Personen und -Zielen".

Für die NSA wurde die Zusammenarbeit mit dem ISNU jedoch problematisch, denn die Weitergabe von Geheimdiensterkenntnissen an einen anderen Staat, damit dessen Vertreter gezielte Tötungen durchführen können, war - und ist bis heute - illegal. ISNU-Chef Dani Harari wußte um die gesetzlichen Einschränkungen bei der NSA, drängte aber dennoch auf ihre Umgehung mit dem Argument, das Verbot der Weitergabe der von Tel Aviv erwünschten Informationen stehe "im Widerspruch nicht nur zur Unterstützung Israels bei seinem Kampf gegen die Hisb Allah, sondern auch zu den Zielen des globalen Antiterrorkriegs der USA". Am Ende setzten sich die Israelis mit ihrer Forderung nach der bedingungslosen Solidarität der USA durch. Das Office of the Director of National Intelligence (ODNI) arbeitete eine Regelung aus, die zu Kriegszeiten das gesetzliche Verbot der Weitergabe

solcher personenbezogenen Informationen aufhebt. Diese Regelung, deren Existenz bis zur Veröffentlichung des besagten Intercept-Artikels geheim geblieben war, soll noch heute in Kraft sein.

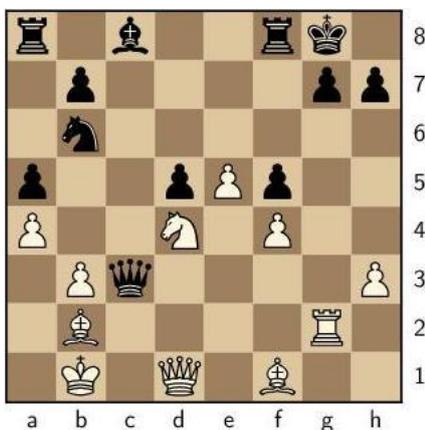
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/hist-336.html>

SCHACH - SPHINX

Glanzsieg einer jungen Ungarin

(SB) - Die von Garry Kasparow ins Leben gerufenen Grand-Prix-Turniere erwiesen sich als echter Publikumsknüller. Zur Auffrischung trug wesentlich bei, daß die Partien doppelrundig im Schnellschach gespielt wurden und der Verlierer jeweils im K.o.-Verfahren ausschied. Auch für Uneingeweihte der Schachkunst bot diese Wettkampfform Reize. Verstanden sie auch das Geschehen auf dem Brett nicht bis in alle Winkeltiefen, so sorgten doch die in Form von packenden "Schachkrimis" vorgetragenen Kommentare dafür, daß jeder auf seine Kosten kam, der Enthusiast ebenso wie der Neugierige. Besonders die Paarung 1994 in New York zwischen Judit Polgar und Nigel Short schlug die Zuschauer in Bann. Die damals 17jährige Ungarin, als einzige Frau ins Turnier gestartet, gewann rasch die Herzen des Publikums mit ihrem stürmischen Angriffsstil. Gemeinsam mit dem Engländer Short bevorzugte sie kombinationsträchtige Stellungen, so daß sie sich von Spöttern oft anhören mußte, sie spiele Kaffeehaus-

schach. Immerhin war dieses Kaffeehauschach so brillant, daß sie Short in beiden Partien schlug. Reizvoll war im besonderen ihre Weißpartie, wo sie für Angriffschancen Turm und Bauern für einen Springer gab. Im heutigen Rätsel der Sphinx zog Short nun fehlerhaft 1...Dc3-c7? und gestattete seiner Kontrahentin so einen Glanzsieg, Wanderer. Nach 1...Dc3-e3! wäre die Partie durchaus noch offen gewesen.



J. Polgar - Short
New York 1994

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Gellers untrügerischer Instinkt bewahrte ihm vor der Niederlage nach 1...d4-d3? 2.Tc2-f2 Lc8-e6 3.Tf2-f6!! Le6xc4 4.Sg4xh6+! g7xh6 5.Dd1- g4+ Kg8-h7 6.Tf6xh6+! Kh7xh6 7.Tf1-f6+ und Matt in drei Zügen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06948.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach_sphinx.shtml

POLITIK / KOMMENTAR

Den Haag - Justitiabilität staatlicher Verbrechen ...

Wir überlassen es der Staatsanwaltschaft, im Herzen von Brüssel, Paris, Berlin und Rom zu ermitteln.

Juan Branco (Menschenrechtsanwalt) [1]

(SB) 5. Juni 2019 - Wie alle Gerichtsbarkeit ist auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag keine wirklich unabhängige Institution der Rechtsprechung, die ausschließlich geltenden Gesetzen verpflichtet wäre. Ohne die Staatsgewalt oder in diesem Fall eine überstaatliche Einrichtung nationalstaatlicher Interessen fehlte ihm jegliche Macht, seine Urteile durchzusetzen. Wer überhaupt vor dem sogenannten Weltgerichtshof angeklagt wird, hängt demzufolge in hohem Maße vom Einfluß der führenden Staaten ab, die ihn für ihre Zwecke geschaffen haben. Unter diesem grundsätzlichen Vorbehalt sind alle Versuche zu sehen, Klage in Den Haag einzureichen, was nicht heißt, daß ein solcher Ansatz von vornherein vergeblich und irreführend wäre. Eingebunden in vielfältige Initiativen der Öffentlichkeitsarbeit kann auch der Rechtsweg ein Impuls sein, der den Stein ins Rollen bringt, der unversehens eine Bresche in die unüberwindlich anmutende Mauer schlägt.

Die hohen Opferzahlen und das unermeßliche Leid in Folge der europäischen Flüchtlingsabwehr sind weithin bekannt, ohne daß dies an maßgeblicher Stelle mehr als bloße Krokodilstränen und haltlose Versprechen auf Besserung provozieren könnte. Das Gegenteil ist der Fall, zeugt doch die

Strategie immer weiter vorgelaugter Mechanismen der Abschottung gegen Migration, daß die Grausamkeiten gesteigert und in fernere Weltregionen abgewälzt werden. Inzwischen sterben mehr fliehende Menschen in der Wüste als im Mittelmeer, das lange Jahre die augenfälligste Todesfalle europäischer Flüchtlingspolitik war.

Nun haben Menschenrechtsanwälte die Europäische Union wegen ihrer Migrationspolitik und indirekt wegen der Kooperation mit der libyschen Küstenwache beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angezeigt. Ein entsprechendes Dokument veröffentlichte der Rechtsanwalt Juan Branco auf Twitter. Dieses mehr als 200 Seiten umfassende Dokument mit möglichen Beweisen wurde der Anklage des Strafgerichtshofs überreicht. Darin bitten Branco und der Rechtsanwalt Omar Shatz das Gericht um die Einleitung eines Verfahrens. Die beiden Anwälte machen die EU mitverantwortlich für das Vorgehen der libyschen Küstenwache, die mehr als 40.000 Menschen im Mittelmeer abgefangen und in Haftlager und Folterkammern in Libyen gebracht habe. Mit Wissen von Vertretern der EU und auf Kosten der europäischen Steuerzahler würden schwerste Straftaten verübt.

In Begründung ihrer Anzeige berufen sich die Anwälte auf Dokumente der Europäischen Union wie auch Stellungnahmen von Bundeskanzlerin Angela Merkel, des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und anderer hochrangiger Repräsentanten europäischer Staaten. Wie eingangs zitiert, verbinden Branco und Shatz mit ihrer Initiative die Erwartung, daß die Staatsanwaltschaft ihrem Ersuchen nachkommt und Ermittlungen in Brüssel, aber auch in den Hauptstädten Deutschlands, Frankreichs und Italiens aufnimmt. Und sie verleihen der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Durchsuchung der Archive nach Aufzeichnungen entsprechender Verhandlungen möglicherweise herausgefunden werden kann, wer maßgeblich die Politik durchgesetzt hat, die zum Tod von mehr als 14.000 Menschen führte.

Dem Dokument zufolge war die erste Straftat die Entscheidung, im Jahr 2014 die Seerettungsoperation Mare Nostrum einzustellen. Im Verlauf dieser Operation im Mittelmeer waren innerhalb von zwölf Monaten mehr als 150.000 Migrantinnen und Migranten gerettet worden. Diese Operation kostete monatlich mehr als neun Millionen Euro, die überwiegend von Italien aufgebracht wurden. Mare Nostrum wurde durch das Programm Triton ersetzt, das zwar von den 28 EU-Mitgliedstaaten getragen

wurde, aber nur einen Bruchteil der vorangegangenen Operation kostete. Zudem patrouillierten die Schiffe nicht mehr nahe der libyschen Küste, wo die meisten der Boote mit Geflüchteten ablegten.

Wie Daten der Internationalen Organisation für Migration belegen, nahm die Zahl der im Mittelmeer ertrunkenen Migrantinnen und Migranten in der Zeit zwischen 2014 und 2016 zu. Die EU-Länder wandten sich daraufhin auch an die libysche Küstenwache und boten den lose organisierten Kräften, denen Verbindungen zu verschiedenen libyschen Milizen nachgesagt werden, finanzielle Unterstützung, Schiffe wie auch Schulungen an. Zwischen 2016 und 2018 landeten dem Dossier zufolge rund 40.000 Flüchtlinge in libyschen Gefangenenlagern. Dort herrschen schlimmste Zustände wie Morde, Vergewaltigungen, Folter und Sklaverei.

Die Anklage des Weltstrafgerichts reagierte zunächst nicht auf das Dossier. Bevor ein Verfahren eingeleitet werden kann, müssen die Ankläger eine richterliche Zustimmung dazu erwirken. Indessen untersucht die Anklage des Internationalen Strafgerichtshofs bereits mutmaßliche Verbrechen in den Lagern. So berichtete Chefanklägerin Fatou Bensouda schon im Jahr 2017 von Hinweisen, wonach Tausende Migrantinnen und Migranten unter "un-

menschlichen Bedingungen" in libyschen Lagern festgehalten würden. "Verbrechen wie Tötungen, Vergewaltigungen und Folter sollen dort an der Tagesordnung sein." [2]

Seitdem die Greuel in den libyschen Lagern publik geworden sind, haben Vertreter der EU wiederholt anerkannt, daß die Behandlung geflohener Menschen in Libyen besorgniserregend sei. Ihre Unterstützung der libyschen Küstenwache will die EU dennoch nicht einstellen. Daher ist sie nach Auffassung der beiden Anwälte nach internationalem Strafrecht mitschuldig. Eine besondere Verantwortung müsse Deutschland, Frankreich und Italien zugeschrieben werden. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten betrieben seit 2015 eine Migrationspolitik der Abschreckung, die bewußt den Tod von Migrantinnen und Migranten in Kauf nehme.

Anmerkungen:

[1] www.zeit.de/politik/2019-06/fluechtlingspolitik-eu-menschenrechtsverstoesse-anzeige

[2] www.faz.net/aktuell/politik/ausland/juristen-weltstrafgericht-soll-ermittlungen-gegen-eu-einleiten-16220261.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1645.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ...
Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

Vier Tote nach Polizeieinsatz:

Organisationen fordern Rücktritt von Ministerin Bullrich

(Montevideo, 28. Mai 2019, *la diaria*) - Zuerst starben vier Jugendliche während eines verstörenden Vorfalls in der Nacht zum Montag, 20. Mai 2019. Daran beteiligt war ein höchst zweifelhaftes Vorgehen der Polizei, das noch untersucht wird. Als die argentinische Sicherheitsministerin Patricia Bullrich nun auch noch das Verhalten des Polizisten Luis Chocobar rechtfertigte, erhielt die Kontroverse neuen Auftrieb. Chocobar hat Ende 2017 einen jungen Mann in La Boca, einem Stadtteil von Buenos Aires erschossen [1], nachdem jener einen Touristen überfallen hatte und floh. Der Polizist wartet momentan noch auf seinen Prozess.

Der Fall von San Miguel del Monte - einer argentinischen Kleinstadt in der Provinz Buenos Aires - hat die argentinische Öffentlichkeit erschüttert [2]. Ein Fiat 147 fuhr durch eine Straße der Stadt, als er von mindestens einem Kleinbus der Polizei verfolgt wurde. In dem Fiat befanden sich ein junger Mann von 22 Jahren und vier Jugendliche im Alter von 13 und 14 Jahren. Sie wurden von dem Polizeiwagen aus mehrmals beschossen, bis das Auto gegen den geparkten Anhänger eines Lastwagens stieß

und in zwei Teile gerissen wurde. Die vier Jugendlichen waren sofort tot. Die fünfte Person, ein dreizehnjähriges Mädchen, befindet sich im Hospital, ihr Zustand ist kritisch.

Polizei sprach zunächst von Verkehrsunfall

Die Darstellungen der Polizei änderten sich im Laufe der Zeit: Zuerst war von einem Verkehrsunfall die Rede. Als aber bekannt wurde, dass eine Überwachungskamera die Verfolgung aufgezeichnet hatte, gab die Polizei zu, dass der Unfall bei hoher Geschwindigkeit stattgefunden habe. Doch dann berichteten Nachbar*innen, sie hätten Schüsse vor und nach dem Aufprall gehört.

Nun wurde eine Untersuchung eingeleitet, und am 24. Mai wurden die sieben an dem Polizeieinsatz beteiligten Polizist*innen festgenommen. Doch es wurden auch weiterhin Unregelmäßigkeiten bekannt. In den darauffolgenden Tagen wurden weitere fünf Personen in Haft genommen: Der stellvertretende Leiter der städtischen Polizei, Franco Micucci, der städtische Beauftragte für Sicherheit in San

Miguel del Monte, Claudio Martínez, und weitere drei Polizist*innen. Von allen Inhaftierten war nur eine Polizistin bereit, ihre Version der Vorkommnisse vor den Behörden auszusagen. Die meisten Polizist*innen sind des Mordes in besonders schwerem Fall oder wegen Verschleierung einer Straftat angeklagt. Ein besonders schwerer Fall liege vor, da die Polizist*innen ihre Position ausgenutzt und außerdem Schusswaffen benutzt haben sollen.

Erst die Waffe, dann der Verstand

Die ursprüngliche Version der Polizei lautete, sie habe die jungen Leute verfolgt, weil das Auto mit der Beschreibung eines Wagens identisch gewesen sei, in dem mehrere Personen nach einem Raub geflüchtet seien. Einige Tage später und mit der Verhaftung weiterer Personen trat jedoch die Hypothese in den Vordergrund, dass die Verfolgung einen anderen Grund gehabt haben könnte. Dorina Bernárdez, Anwältin der Familie eines der getöteten Jugendlichen, erklärte gegenüber der Tageszeitung *Página 12*, dass untersucht werde, ob die jungen

Leute die Polizist*innen beim Begehen einer Straftat beobachtet haben, die mit dem Drogenhandel zu tun gehabt hätte. Auch Ministerin Bullrich erklärte, es gebe "schwerwiegende Indizien" in diesem Fall, die "zeigen, dass etwas Komplexeres" hinter den Vorfällen stehe.

Doch schnell wurde die Ministerin für das Vorgehen der Polizist*innen in diesem Fall verantwortlich gemacht. Zivilgesellschaftliche Organisationen wiesen auf Gemeinsamkeiten in der Vorgehensweise zum Fall von La Boca hin, im Hinblick auf die Verfolgung und Ermordung angeblicher Schuldiger, ohne dass Beweise vorgelegt wurden. Die Kommission für Erinnerung [3] CPM (Comisión por la Memoria), die die Familien der beiden getöteten Jugendlichen juristisch vertreten wird, betonte, dass "es sich nicht um einen Einzelfall handelt", sondern Teil einer "langen Geschichte polizeilicher Gewalt in dieser Stadt" sei. Margarita Jarque, Anwältin und Mitglied der Organisation, erklärte, diese Tat "zeigt die Geringschätzung für das Leben und die "Chocobarisierung" des polizeilichen Handels, bei dem zuerst die Waffe benutzt wird und dann der Verstand".

Bullrich: Tödliche Polizeigewalt "ein Konstrukt" der Zivilgesellschaft

Die Umsetzung der "Chocobar-Doktrin" in der Polizeiarbeit wurde von Bullrich erst am Freitag, 24. Mai 2019, verteidigt als "ein klares Beispiel, wie die Polizeikräfte in Erfüllung ihrer Pflicht handeln müssen". Mehr

noch: andere Todesfälle, wie die von Santiago Maldonado oder Luciano Arruga, in denen das Vorgehen der Polizei untersucht wurde, seien "ein Konstrukt" der zivilgesellschaftlichen Organisationen, so Bullrich.

Angeichts dieser Erklärungen forderten mehrere Organisationen Präsident Mauricio Macri auf, die Ministerin ihres Amtes zu entheben. "Der Paradigmenwechsel, den die Ministerin als Politik ihrer Amtszeit verlangt, ist der größte Rückschritt, in der Demokratie (seit dem Ende der Diktatur, Anm. d. R.), nach der Straffreiheit für die Völkermörder, und bringt den Rechtsstaat in ernsthafte Gefahr", kritisierten die Organisationen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.losandes.com.ar/article/view?slug=chocobar-el-policia-que-mato-a-un-ladron-en-la-boca-volvio-a-su-trabajo-y-asi-se-mostro>

[2] <https://www.anred.org/?p=115495>

[3] <http://www.comisionporlame-moria.org/la-cpm-patrocina-legalmente-a-las-familias-victimas-de-la-masacre-de-monte/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/vier-tote-nach-polizeieinsatz-organisationen-fordern-ruecktritt-von-ministerin-bullrich/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0389.html>

Kooperationspartner



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Pressenza

Kooperationspartner von Schattenblick
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

UMWELT / MEINUNGEN

Agrar - Verbreitungsfaktor Vertrieb ...

(SB) 5. Juni 2019 - In China, Vietnam und anderen asiatischen Ländern breitet sich die Afrikanische Schweinepest immer weiter aus. Bisher sind die Versuche, das Überträgervirus einzudämmen, gescheitert. Nach Angaben der chinesischen Regierung wurden seit August 2018 aus Sicherheitsgründen eine Million Schweine gekeult. Diese Zahl gilt als weit untertrieben, meldet AFP. Schätzungen besagen, daß bereits mehrere Millionen Schweine getötet wurden und daß China mehr als 200 Mio. und damit über die Hälfte seiner Bestände wird beseitigen müssen, um die Epidemie zu stoppen. [1]

In Vietnam sieht es nicht viel besser aus. Dort wurden seit Februar dieses Jahres etwa zwei Millionen Schweine bzw. acht Prozent des Schweinebestands des Landes getötet. In Vietnam und China ist Schweinefleisch ein weit verbreitetes Nahrungsmittel, deshalb sind dort weiterhin steigende Preise und damit ein Mangel zu erwarten. Auch andere Länder werden davon betroffen sein, da China nicht nur Schweinefleisch importiert, sondern seinerseits auch den Weltmarkt beliefert.

Obschon die Afrikanische Schweinepest im Unterschied zur Europäischen Schweinepest weniger gefährlich ist, da sie nicht per Tröpfcheninfektion, sondern vorwiegend über Blut, bluthaltige Flüssigkeiten und bluthaltiges Gewebe übertragen wird, sorgen die transnationalen und globalisierten Warenströme für die Ver-

breitung des Virus. Diese sind wiederum eine Konsequenz des im vorherrschenden Wirtschaftssystem geförderten Strebens der am Markt teilnehmenden Akteure nach der höchsten Rendite.

Neben China und Vietnam wütet die Afrikanische Schweinepest auch in der Mongolei, Kambodscha und Hong Kong, aber auch in europäischen Ländern wie Rußland, Rumänien, Moldawien und Ukraine, berichtet AFP. Die Nachrichtenagentur zitiert Christine McCracken von der Rabobank mit den Worten, daß möglicherweise 200 Millionen Schweine allein in China gekeult werden, was mehr als die Hälfte der Bestände des Landes und acht Prozent der Weltbestände sind. Die Auswirkungen auf den Schweinepreis wären erheblich. [1]

Es gibt weder einen Impfstoff noch ein Gegenmittel zum Schweinepestvirus. Eine Infektion des Menschen findet nicht statt, wohl aber kann er selber Überträger sein; ebenso wie Wildschweine. So versucht die belgische Regierung durch das Ziehen von Schutzzäunen und Waldbetreuungsverbote sowie präemptives Keulen von Hausschweinen die Epidemie im eigenen Land zum Stillstand zu bringen.

Entscheidend ist, daß keine Produkte mit Schweinefleisch aus den Risikogebieten nach außerhalb gebracht werden. Blut an der Kleidung von Landwirten, Jägern oder anderen Personen kann

ebenso als Überträger dienen wie der Abfall von Lebensmitteln, der an die Tiere verfüttert wird. Generell gelten unhygienische Verhältnisse als problematisch, weswegen auch die in Asien verbreitete Schweinehaltung auf Hinterhöfen als Brutstätte des Virus gilt.

Die Belieferung von Metropolen wie Hongkong mit Schweinen von chinesischen Produzenten aus den Vorstädten oder vom Land sowie Schweinefleischexporte von China nach Japan, Südkorea und in die USA, von Vietnam nach Kambodscha und in die umgekehrte Richtung, sind typische Verbreitungswege der Afrikanischen Schweinepest. Eben weil der Handel und die Transportmengen zunehmen, werden beste Voraussetzungen für die fortgesetzte Ausbreitung des Virus geschaffen.

Weltweit wurden im Jahr 2017 über 120 Mio. Tonnen Schweinefleisch produziert. In den Export gingen 2010 global etwas über 6 Mio. Tonnen, 2019 werden es voraussichtlich knapp 8,8 Mio. Tonnen sein. [2] Allein die Zahl zum Gesamtgewicht der Exporte sagt zwar noch wenig darüber aus, wie rege der Grenzverkehr ist, aber eben weil in einigen Ländern Schweine zu Millionen gekeult werden, stoßen andere Länder in die Lücken vor und steigern ihre Umsätze. Der Anteil der Exporte an der Schweinefleischproduktion dürfte deshalb weiter zunehmen. Damit wächst die potentielle Gefahr einer Ausweitung

der Afrikanischen Schweinepest auf Jahre hinaus.

Anmerkungen:

[1] http://www.seeddaily.com/reports/Despite_culls_import_bans_swine_fever_to_hit_pork_market_for_years_999.html

[2] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/261813/umfrage/export-von-schweinefleisch-weltweit/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-302.html>

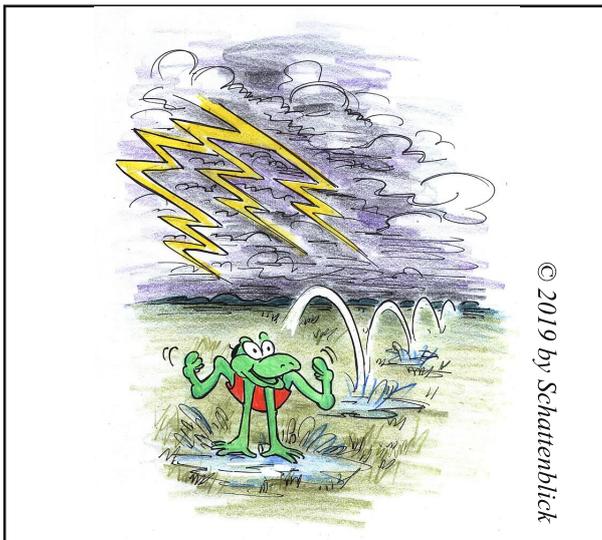
I n h a l t **Ausgabe 2942 / Donnerstag, den 6. Juni 2019**

- 1 POLITIK - REDAKTION:
Libanon - Kriegsbindnisse ...
- 2 SCHACH-SPHINX:
Glanzsieg einer jungen Ungarin
- 3 POLITIK - KOMMENTAR:
Den Haag - Justitiabilität staatlicher Verbrechen ...
- 5 REPRESSION - FAKTEN: Argentinien - Vier Tote nach Polizeieinsatz, Organisationen fordern Rücktritt von Ministerin (poonal)
- 6 UMWELT - MEINUNGEN:
Agrar - Verbreitungsfaktor Vertrieb ...
- 8 DIENSTE - WETTER:
Und morgen, den 06. Juni 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 6. Juni 2019

+++ Vorhersage für den 06.06.2019 bis zum 07.06.2019 +++



Ab der Mittagsstunde drohen
Wolken, Schauer und Gewitter,
Donner, Blitz und Wetter lohnen,
Jean hüpf Pfützen, frei und fitter.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.